



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 19.10.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 17.09.2018, 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD	
Herr Christian Joisten	SPD	anwesend ab 17:05 Uhr
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Frank Schneider	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	i. V. f. Herrn Volker Görzel
--------------------	-----	------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD anwesend ab 17:10 Uhr
Herr Thomas Hilden	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK

Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.	
Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	anwesend ab 17:02 Uhr
Herr Christoph Schmitz	CDU	
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU	
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE	

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	
Frau Andrea Ziegenhan	
Herr Helmut Blömeke	Personal- und Verwaltungsmanagement (11)
Herr Dr. Andreas Engel	Amt für Informationsverarbeitung (12)
Frau Dr. Monique Offelder	Verwaltung, Recht, Personal (OB/2)
Frau Sabine Mießeler	Internationale Angelegenheiten (OB/5)
Herr Dirk Schmaul	Amt für öffentliche Ordnung (32)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Petra Engel	stellv. Gleichstellungsbeauftragte
------------------	------------------------------------

GPR

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Volker Görzel	FDP	vertreten durch Herrn Ulrich Breite
--------------------	-----	-------------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	
Herr Tjark Sauer	Linke

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Björn Blank	SC Janus e.V.

Herr Petelkau begrüßt die Anwesenden und trägt die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor:

3.1 KIVEK: Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe BUNT aus der Sitzung AVR 18.6.2018 (TOP 6.6)
2980/2018

4.5 Personalrisikomanagement
2970/2018

Zu TOP 6.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 12.09.2018
1980/2018

Zu TOP 6.4 Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.2018
3009/2018

6.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Verhalten des Ordnungsdienstes am Tag des offenen Denkmals" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1284/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.2018
3063/2018

6.6 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Abschiebungen und Duldungen" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1280/2018

6.7 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Reichsbürger in Köln" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1294/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.09.2018
3028/2018

6.8 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Fachkräftemangel in der Verwaltung" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1300/2018

Zu TOP 8.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
AN/1315/2018

8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Bewachungsleistungen am Rheinboulevard durch die KGAB beauftragen"
AN/1324/2018

10.7 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2019
2650/2018

Der Vorsitzende trägt den Vorschlag der Verwaltung vor, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 8.1 und die Tagesordnungspunkte 4.2 und 6.2 sowie die Tagesordnungspunkte 12.1 und 18.1 in der heutigen Sitzung wegen Sachzusammenhang gemeinsam zu behandeln.

Der Vorsitzende teilt mit, dass unter TOP 8.2 ein Dringlichkeitsantrag vorliege und erkundigt sich nach der Begründung der Dringlichkeit:

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass es bei dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag um die Bewachung des Rheinboulevards gehe. Der Antrag sei bereits vor einem Jahr wortgleich von der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT gestellt worden. Zu diesem Zeitpunkt sei beschlossen worden, dass mit keinen weiteren Kalamitäten am Rheinboulevard zu rechnen sei und daher eine Bewachung durch die KGAB nicht notwendig sei. Er zitiert die Presseberichterstattung mit der Überschrift „Keine Graffiti-Vorbeugung am Rheinboulevard möglich“ und behauptet, dass diese sehr wohl durch eine Bewachung durch die KGAB möglich wäre. Die KGAB habe die Bewachung auch in der Vergangenheit gut erledigt und nach seinem Kenntnisstand wäre eine solche 24-Stunden-Bewachung bereits morgen wieder möglich. Es handle sich hier um eine „Win-win-Situation“, da die Stadt Köln durch den Einsatz der KGAB pro Jahr fast eine halbe Millionen Euro im SGB II Bereich sparen könne und zusätzlich der Rheinboulevard vor weiterem Schaden bewahrt werde.

MdR Dr. Elster spricht sich gegen die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages aus. Der Rheinboulevard werde auch ohne die sofortige Abhandlung erhalten bleiben. Es sei ungewiss, ob weitere Schmierereien folgen oder nicht. Aus diesem Grund könne aber nicht die ganze Stadt flächendeckend durch die KGAB bewacht werden. Folglich schlägt er vor, die Thematik in der nächsten AVR-Sitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

MdR Richter schlägt vor, den TOP 9.2 zurückzustellen. Hintergrund sei, dass der Wirtschaftsausschuss die Vorlage in seiner Sitzung am 06.09.2018 ebenfalls zurückgestellt hat.

Außerdem schlägt er vor, den TOP 10.3 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Hintergrund sei die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 24.09.2018.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
2717/2018

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in Peking und Shanghai im Mai 2018
1836/2018

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 KIVEK: Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe BUNT aus der Sitzung AVR 18.6.2018 (TOP 6.6)
2980/2018

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern
1724/2018

4.2 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage
1906/2018

4.3 Prüfung der Istkostenerhebung der tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
2640/2018

4.4 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
2643/2018

4.5 Personalrisikomanagement
2970/2018

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Neues Amt für Integration und Vielfalt (Sachstand zum 15.08.2018)
2753/2018

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Angriffe und Gewalt gegen Polizisten, Rettungskräfte und Klinikpersonal" zur Sitzung am 18.06.2018
AN/0880/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 12.09.2018
1980/2018

- 6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Autonomes Zentrum an der Luxemburger Str. 93" zur Sitzung am 18.06.2018
AN/0953/2018

- 6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Welche neuen Entwicklungen gibt es bei der Überprüfung von waffenrechtlichen Erlaubnissen und der Reichsbürger*innen-Bewegung in Köln?" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1131/2018

- 6.4 Anfrage der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Website" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1237/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.2018
3009/2018

- 6.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Verhalten des Ordnungsdienstes am Tag des offenen Denkmals" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1284/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.2018
3063/2018

- 6.6 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Abschiebungen und Duldungen" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1280/2018

- 6.7 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Reichsbürger in Köln" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1294/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.09.2018
3028/2018

- 6.8 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Fachkräftemangel in der Verwaltung" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1300/2018

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender - Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld
AN/0983/2018

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
AN/1315/2018

- 8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Bewachungsleistungen am Rheinboulevard durch die KGAB beauftragen"
AN/1324/2018

9 Platzvergaben

- 9.1 Roncalliplatz:
hier: Antrag der E. L. Hartz Promotion GmbH, Heisterbachstr. 25, 53173 Bonn auf Durchführung der Konzertreihe "Legenden - Weltstars auf dem Roncalliplatz 2019" vom 31.07.2019 - 03.08.2019 (inkl. Auf- und Abbauarbeiten vom 26.07.2019 - 06.08.2019) auf dem Roncalliplatz
2680/2018

- 9.2 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014 - 2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019
0889/2018

- 9.3 Veranstaltung "STRASSENLAND" am 23.06.2019 auf der Nord-Süd-Fahrt
2767/2018

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln
0510/2018

- 10.2 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
2337/2018

- 10.3 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule
2627/2018

- 10.4 Ablösung des AVA-Programmsystems Arriba
2062/2018

- 10.5 Bedarfsfeststellung für den Abruf von externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten / Verwaltungsreformprojekten
2492/2018
- 10.6 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket III - Stärkung und Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken
0021/2018
- 10.7 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2019
2650/2018

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- 11.1 Vergabe zentraler Innenstadtplätze - Neumarkt
hier:
Antrag der Stabsstelle Events der Stadt Köln auf Durchführung der Theaterveranstaltung "Gingko" des Theaters Antagon auf dem Neumarkt am 16.08.2018 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 14.08. - 17.08.2018) als Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen Sommer Köln
1685/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 12.1 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion zur Dringlichkeitsentscheidung "Bedarfsfeststellungsbeschluss und Beauftragung eines Beratungsunternehmens zur strategischen Kommunikationsplanung für die Stadt Köln im Rahmen der Verwaltungsreform".
2840/2018

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2017
1525/2018
- 13.2 Übernahme der bisher evangelischen Kindertageseinrichtung Am Hilgerskreuz 2 durch die Stadt Köln zum 1.9.2018
2274/2018
- 13.3 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen
2434/2018
- 13.4 Neufassung der Vorlagegrenzen an das Rechnungsprüfungsamt wegen der Änderung der Bedarfsprüfungsrichtlinie
2414/2018

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

- 17.1 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen Bodendenkmalpflege
2098/2017
- 17.2 Prüfbericht zur Flüchtlingsunterbringung im Hotel "Zum Bahnhof" durch 56 –
Amt für Wohnungswesen
1566/2018
- 17.3 Mietvertragsverlängerung sowie Erweiterung der Kindertageseinrichtung Ven-
loer Str. 233b, Ehrenfeld
1794/2018
- 17.4 Betrieb des Vergabemarktplatzes
1826/2018
- 17.5 Ordnungsbehördliche Bestattungen
2534/2018
- 17.6 Bedarfsfeststellung für den Abruf von SAP-Beratungsdienstleistungen
1379/2018
- 17.7 Bedarfsfeststellung zur Erneuerung des Archivspeichers
2008/2018
- 17.8 Bedarfsfeststellung zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung für Dienstleis-
tungen im Bereich IV-Kundenservice
2446/2018
- 17.9 Fortführung der "neuen Eigenreinigung"
2189/2018
- 17.10 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages
über die Lieferung von Impfstoffen für den Arbeitsmedizinischen Dienst und
für das Gesundheitsamt
2665/2018

- 17.11 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Dienstleistungen „Sprachmittler/Innen“ für die Dienststellen Diversity und für das Gesundheitsamt
2673/2018
- 17.12 4-Jahres-Rahmenvertrag zur Beschaffung von neuer Brandschutzkleidung für die Feuerwehr Köln
2573/2018
- 17.13 4-Jahres-Rahmenvertrag zur Lieferung von Sicherheitsschuhen für den Wachdienst der Feuerwehr Köln
2639/2018
- 17.14 Ansprüche gegen Unternehmen des sog. LKW-Kartells der Jahre 1997-2011 / außergerichtlicher Vergleich oder gerichtliche Geltendmachung und entsprechende Anwaltsbeauftragung
2696/2018
- 17.15 Bedarfsfeststellung zur Ausschreibung der Protokollierung der Ratssitzungen
2065/2018
- 17.16 Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zur Bewachung und anderen Sicherheitsdienstleistungen im Kölner Stadtgebiet
2521/2018
- 17.17 Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines neuen Rahmenvertrages für die Lieferung von Plaketten für die Kfz-Zulassungsstelle
1339/2018
- 17.18 Beschaffung eines 7-Sitzers (Mehrzweckfahrzeug – MZF) für den Verkehrsdienst
2495/2018
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
- 18.1 Bedarfsfeststellung und Beauftragung eines Beratungsunternehmens zur strategischen Kommunikationsplanung für die Stadt Köln im Rahmen der Verwaltungsreform
2272/2018

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 2717/2018

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 Frau Janina Schuster zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses.

Die Bestellung von Frau Britta Weil zur stellvertretenden Schriftführerin wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

MdR Möller erkundigt sich nach dem Verfahren bzw. Sachstand für die neue Gleichstellungsbeauftragte als Nachfolge für Frau Dahmen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Stelle derzeit intern ausgeschrieben ist. Die Bewerbungsfrist laufe bis Ende der Woche, danach werde man weitersehen.

2 Internationales

2.1 Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in Peking und Shanghai im Mai 2018 1836/2018

Der Vorsitzende weist auf den vorliegenden Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in Peking und Shanghai im Mai 2018 hin.

MdR Möller ergreift das Wort und teilt mit, dass der hier geschlossene Kontakt äußerst erfreulich sei. Sie habe gestern dem Empfang des Pekinger Oberbürgermeisters in Köln beigewohnt, in dessen Kontext die Bedeutsamkeit eines solchen internationalen Dialogs unterstrichen wurde. In diesem Zusammenhang sei sie an der Existenz bzw. Bereitstellung von Fördermitteln interessiert und möchte daher wissen, ob zukünftige Projekte denn auch weiter eine entsprechende Förderung erfahren können.

Frau Mießler antwortet, dass eine Bereitstellung von Fördermitteln je nach konkretem Austauschhintergrund individuell betrachtet werden müsse. Zu beachten seien beispielsweise fachliche Hintergründe oder der Teilnehmerkreis des Austausches.

MdR Möller ergreift erneut das Wort und äußert, dass entsprechende Fördermittel ihres Wissens nach derzeit schon sehr knapp seien. Im Kontext dessen, im Hinblick auf die damit verbundenen sinnvollen Mehrwerte weitere Jugendaustauschprojekte fördern zu wollen, müsse man über eine Erweiterung des Fördermitteltopfes nachdenken.

Frau Mießeler antwortet, dass Fördermittel aus verschiedenen Quellen bereitgestellt werden können. Zum einen existieren im Rahmen der Städtepartnerschaftsförderungen Fördermittel der Stadt Köln. Zum anderen könne bei bestimmten Austauschprogrammen auch auf andere Fördermittel stadtübergreifend zurückgegriffen werden. Sie verweist auf den bereits durch MdR Möller angesprochenen Delegationsbesuch des Pekinger Oberbürgermeisters am 15. und 16. September 2018 unter Begleitung einer Wirtschaftsdelegation. Man habe verschiedene Termine wahrgenommen, unter anderem bei der Deutz AG, Bayer oder Igus. Insgesamt sei der Delegationsbesuch als erfolgreich zu bewerten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung und die Ausführungen von Frau Mießeler zur Kenntnis

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 KIVEK: Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe BUNT aus der Sitzung AVR 18.6.2018 (TOP 6.6) 2980/2018

MdR Hegenbarth bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern 1724/2018

Der Vorsitzende schlägt vor Eintritt in die Tagesordnung vor, den Tagesordnungspunkt wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt

8.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender – Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld AN/0983/2018

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen AN/1315/2018

zu behandeln, siehe TOP 8.1.

4.2 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage 1906/2018

Der Vorsitzende schlägt vor Eintritt in die Tagesordnung vor, den Tagesordnungspunkt wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt

6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Autonomes Zentrum an der Luxemburger Str. 93“ zur Sitzung am 18.06.2018 AN/0953/2018

zu behandeln.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob diesbezüglich Fragen bestünden.

MdR Dr. Krupp ergreift das Wort und erfragt den aktuellen Sachstand gegenüber der unter TOP 4.2 vorliegenden Mitteilung.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller antwortet, dass er davon ausgeht, dass dieser gegenüber der Mitteilung unverändert sei.

MdR Hegenbarth ergreift das Wort und weist darauf hin, dass die BV-Innenstadt in ihrer heutigen Sitzung u. a. hinsichtlich dieser Angelegenheit entscheidet.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller entgegnet, dass die BV-Innenstadt seiner Auffassung nach nicht die Entscheidungskompetenz bzgl. einer Vertragsverlängerung besitze.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Prüfung der Istkostenerhebung der tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 2640/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" 2643/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Personalrisikomanagement 2970/2018

MdR Richter bezieht sich auf das Risikomanagement zur Personalgewinnung. Unklar sei seiner Fraktion das Thema Flexibilisierung des Stellenbesetzungsverfahrens. Hier sehe die Fraktion Erörterungsbedarf im Hinblick auf die einzubeziehenden gesetzlich vorgeschriebenen Gremien (Gleichstellungsbeauftragte, Personal- und Schwerbehindertenvertretung) und deren Beteiligungsrechte. Daher möchte seine Fraktion wissen, in wie weit diese Rechte und das Verfahren bei Umsetzungsmaßnahmen eingehalten werden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Verwaltung die Beteiligungsrechte vollumfänglich einhalte. Dies könne sicherlich durch Herrn Dicken bestätigt werden. Angestrebt werde eine Reform des Prozesses „Stellenbesetzungsverfahrens“ mit dem Ziel, die Verantwortung der dezentralen Fachdienststellen zu öffnen und den Prozess zu verschlanken. An der Gestaltung der Reform werde der Personalrat beteiligt.

MdR Tokyürek bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausführungen. Im Rahmen der zukünftigen Personalerhaltung und Personalgewinnung sei für ihre Fraktion von großer Bedeutung, die Höhe der Ausbildungsquote zu überdenken, die derzeit 6% betrage. Diese liege seit Jahren konstant oberhalb der vereinbarten Zielquote, weshalb über eine Festschreibung von 8% nachzudenken sei. In diesem Zusammenhang müssten auch Anreizsysteme für Ausbilderinnen und Ausbilder neu überdacht werden. Auch die Behandlung der Thematik von Werkwohnungen sei bedeutsam, da diese in Zeiten des demografischen Wandels einen absoluten Standortvorteil für die

Stadtverwaltung als Arbeitgeberin einbringen könnten. Eine Machbarkeit könne man auch im Hinblick auf eine mögliche Kooperation mit der GAG prüfen lassen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller antwortet, dass eine Erhöhung der Ausbildungsquote in den nächsten Jahren zwar durchaus vorgenommen werden könne, aus seiner Sicht sei der Verwaltung mit einer Erhöhung der Quote allerdings nicht unbedingt gedient. Gleichwohl sei er der Auffassung, dass mehr als 6 % erforderlich seien, dies habe er auch intern stets deutlich gemacht. Die praktische Umsetzung erhöhter Ausbildungszahlen sei aber aufgrund von Personal- und Schulkapazitäten und der räumlichen Unterbringung der Auszubildenden schwierig. In den nächsten Jahren bestehe hier aber wichtiger Handlungsbedarf, sodass entsprechende Kapazitäten bereitzustellen seien. Derzeit könne aber davon ausgegangen werden, dass die Verwaltung so viele Menschen ausbilde, wie sie im Hinblick auf Kapazitäten leisten könne. Es bestehe ein gemeinsames Interesse daran, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel, intensiviert auszubilden.

Durch die intern bereits vorhandenen Anreizsysteme für Ausbilderinnen und Ausbilder sei ein wichtiger Meilenstein bereits gelegt. Doch auch hier greife oftmals das angesprochene Problem der räumlichen Unterbringung von Auszubildenden, welches entsprechend angegangen werden müsse.

Die Thematik der Werkwohnungen sehe Herr Stadtdirektor Dr. Keller jedoch insbesondere im Hinblick auf die dann vorhandenen Kapazitäten bzw. Zugangsregelungen und eine daraus resultierende mögliche Ungleichbehandlung kritisch. Insofern seien zunächst andere Maßnahmen zur Personalakquise zu ergreifen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Neues Amt für Integration und Vielfalt (Sachstand zum 15.08.2018) 2753/2018

MdR Breite teilt mit, dass seine Fraktion die Einrichtung des neuen Amtes gerne begleite. Bedauerlich sei allerdings der Name „Amt für Integration und Vielfalt“. Der Begriff „Diversity“ werde in der Amtsbezeichnung nicht genannt, dadurch werde der Bereich heruntergestuft. Bekanntermaßen tue sich der Vorsitzende des Integrationsrates schwer mit diesem Bereich, insbesondere mit der Stadtarbeitsgemeinschaft LST, und möchte hiermit nicht in Verbindung gebracht werden. Seine Fraktion allerdings halte das Diversity-Konzept für richtig und sei über den Namen des neuen Amtes daher nicht erfreut.

Her Spröde weist darauf hin, dass er vor einigen Tagen auf schriftlichem Wege eine Anfrage der Stadtarbeitsgemeinschaft LST an den Vorsitzenden gesendet habe. Da diese dem Ausschuss nun allerdings nicht vorliegt, trägt er die Anfrage mündlich vor:

„1. Diversity war bislang als Querschnittsaufgabe für die Verwaltung angelegt. Aus den Organigrammen wird nicht ersichtlich, dass diese Aufgabe auch im neuen Amt realisiert werden wird. Welchen Vorteil hat die Eingliederung des Querschnittsbereiches Diversity in ein Amt Integration und Vielfalt, und wie wird sichergestellt, dass Diversity seinen umfassenden Stellenwert behält?“

2. Wir bitten um Aufklärung darüber, mit welchen Ressourcen und Kompetenzen Diversity zukünftig ausgestattet sein wird und wie dieses Budget verwaltet wird.

3. Wie wird sichergestellt ist, dass Diversity und LST relevante Themen aktiv bei der Fach- und Projektkoordination sowie der strategischen Entwicklung des Amtes Berücksichtigung finden?

4. In welcher Weise finden die Gremien, hier die StadtAG LST, eine Anpassung an die geplante Struktur des Amtes?

5. Seit mehreren Jahren ist ersichtlich, dass die derzeitige personelle Ausstattung für den Bereich LST völlig unzureichend ist. Wir gehen davon aus, dass 2,5 Personalstellen realistisch sind, um die Aufgaben in diesem Bereich abdecken zu können. Wir bitten um angemessene Ausstattung des Bereiches.

6. Wie werden die Bereiche Integration und Vielfalt benannt? Sind es Abteilungen?

7. Wie ist die Anbindung von Diversity an die OB, und wie sind die sind die Hierarchien und Kompetenzen angelegt?

Aus den Fragen wird deutlich, dass es um grundsätzliche Anfragen bezüglich der Struktur und der Arbeitsfähigkeit des Amtes geht. Wir halten es daher für wichtig, das neue Organigramm allen beteiligten zugänglich zu machen und darüber in einen breiteren Diskurs einzutreten.

Wir bitten um kurze schriftliche Beantwortung zur Sitzung in Beratungsfolge der aufgeführten politischen Gremien. Wir bitten des Weiteren, dass alle in der Beratungsfolge aufgeführten politischen Gremien von der schriftlichen Antwort in Kenntnis gesetzt werden.“

Er berichtet, dass der Völklinger Kreis einen der wichtigsten Diversity-Preise vergibt. Ausgezeichnet sei nun die Stadt Hannover, ebenso die Stadt München, die Stadt Dortmund sowie u. a. Daimler, die Deutsche Post, Telekom, SAP und andere führende Player. Die Landeshauptstadt Düsseldorf sei auf dem zweiten Platz gelandet.

Er kritisiert, dass sich die Stadt Köln mit Vielfalt schmückt, sich aber nicht einmal um diesen Preis beworben hat. Aus seiner Sicht sollte die Stadt Köln an dieser Stelle ein wenig mehr an Ressourcen, insbesondere an personellen Ressourcen, aufbringen, damit das Etikett auch mit Leben gefüllt wird.

MdR Richter ergreift das Wort.

Neben den Nachfragen könne festgehalten werden, dass einzelne Kompetenzen im Dezernatsbereich der Oberbürgermeisterin zusammengefasst und pointiert herausgestellt werden. Ob nun „Diversity“ mit im Titel des Amtes steht, sei einmal dahin gestellt.

Auch seine Fraktion sei der Meinung, dass die von Herrn Spröde angesprochene personelle Stärkung in den einzelnen Teilbereichen sinnvoll wäre. Hierzu stehe man auch bereits in konstruktiven Gesprächen mit der Verwaltung und strebe an, dass Stellen zugesetzt werden.

Abschließend wirbt er dafür, die vielen Chancen der Zusammenführung zu erkennen.

MdR Dr. Elster bezieht sich auf das in der Anlage aufgeführte Organigramm.

Offensichtlich stellen die in der Schriftfarbe schwarz dargestellten Bereiche die alten Aufgaben und die in der Schriftfarbe blau dargestellten Bereiche die neuen Aufgaben dar. Nicht ersichtlich sei jedoch, warum manche Bereiche in kursiver Schriftart dargestellt sind. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich um Aufklärung.

Herr Schwamborn stellt sich als Mitarbeiter von Herrn Oster im Referat Flüchtlingskoordination im Büro der Oberbürgermeisterin vor und teilt mit, dass sich Herr Oster zurzeit im Urlaub befindet.

Er bestätigt, dass die in blau dargestellten Bereiche die Aufgaben darstellen, die künftig neu wahrgenommen werden, insbesondere die strategische Steuerung. Dies bedeute, dass in diesem Bereich Mehrstellen voraussichtlich im einstelligen Bereich zu gesetzt werden. Die Angelegenheit befindet sich zurzeit allerdings noch in der verwaltungsinternen Prüfung.

Die in schwarz dargestellten Bereiche seien die Bestandsbereiche der verschiedenen Dienststellen, die jetzt künftig im neuen Amt zusammengefasst werden.

Bei den in kursiv dargestellten Bereichen habe sich die Bezeichnung geändert, beispielsweise wurde der Teilbereich EU-Einwanderung im Bereich Strategische Fachkoordination bisher als EU-Osterweiterung bezeichnet und soll nun umbenannt werden. Zudem soll im Bereich Vielfalt der bisherige Arbeitsbereich Behindertenpolitik in Behindertenbeauftragte/r umbenannt werden.

In Bezug auf die von Herrn Spröde aufgeführten Fragen teilt er mit, dass auch in der vergangenen Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.09.2018 mehrere gleichlautende Fragen an die Verwaltung gestellt worden sind. Eine schriftliche Beantwortung sei aufgrund der urlaubsbedingten Abwesenheit von Herrn Oster vermutlich nicht bis zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST am kommenden Dienstag, den 25.09.2018 möglich. Allerdings werde Herr Oster in der Sitzung mündlich auf die Fragen eingehen, eine schriftliche Beantwortung wird nachgereicht.

Abschließend bezieht er sich auf die Aussage von MdR Richter. Aus Sicht der Verwaltung erfahren die Bereiche, auch der Bereich Diversity, eine Stärkung, da sie künftig im Dezernatsbereich der Oberbürgermeisterin neu formiert werden. Dem werde auch dadurch Rechnung getragen, dass der Begriff „Vielfalt“ explizit in der Amtsbezeichnung enthalten ist. Die Verwaltung stelle sich künftig eine andere Art der Zusammenarbeit vor, im neuen Amt soll beispielsweise vieles in gemeinsamer Abstimmung zwischen den einzelnen Bereichen erfolgen. Diese Zusammenarbeit soll an strategischen Leitlinien ausgerichtet werden. Diese sind noch zu erarbeiten und werden den Ratsgremien zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Spröde weist darauf hin, dass er die Kombination „Integration und Vielfalt“ für unglücklich halte, da es sich hierbei um zwei unterschiedliche Bereiche handelt.

Diversity sei letztlich auch eine Chance, die etwas mit Arbeitgebermarke, Stellung und Wertschätzung zu tun habe. Integration wiederum bedeute, dass Barrieren abgebaut werden. Diversity sei folglich ein deutlich anderer Ansatz, Diversity-Management eine eindeutige Chance. Er merkt an, dass Diversity-Strukturen mittlerweile in jedem großen Betrieb etabliert sind, öffentliche Verwaltungen diesen Schritt bedauerlicherweise allerdings noch nicht bemerkt und umgesetzt hätten. Er spricht sich daher dafür aus, die Angelegenheit noch einmal zu überdenken und wahre Chancen wahrzunehmen. Dies sollte auch vor dem Hintergrund geschehen, dass die Stadt Köln als Arbeitgeberin und als Stadt attraktiver wird.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Angriffe und Gewalt gegen Polizisten, Rettungskräfte und Klinikpersonal" zur Sitzung am 18.06.2018 AN/0880/2018

**Stellungnahme der Verwaltung vom 12.09.2018
1980/2018**

MdR Breite bedankt sich bei der Verwaltung im Namen seiner Fraktion für die ausführliche Beantwortung.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Autonomes Zentrum an der Luxemburger Str. 93" zur Sitzung am 18.06.2018
AN/0953/2018**

Der Tagesordnungspunkt wurde wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt

**4.2 Autonomes Zentrum – Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage
1906/2018**

behandelt, siehe oben unter TOP 4.2.

**6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Welche neuen Entwicklungen gibt es bei der Überprüfung von waffenrechtlichen Erlaubnissen und der Reichsbürger*innen-Bewegung in Köln?" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1131/2018**

Die Anfrage wurde zurückgezogen.

**6.4 Anfrage der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Website" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1237/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.2018
3009/2018**

MdR Hegenbarth bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung. Laut dieser spreche aus rechtlicher Sicht nichts dagegen, Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen sowie Hinweise zu Arztpraxen auf den städtischen Webseiten zur Verfügung zu stellen.

Aus seiner Sicht sei es jedoch schade, dass nicht auch das Gesundheitsamt und der Sozialbereich in die Angelegenheit eingebunden worden sind.

Abschließend kündigt er an, dass seine Gruppe im nächsten Schritt in die Antragsphase gehen wird, um das Vorhaben dann auch umzusetzen. Erste Gespräche mit einer großen Fraktion wurden bereits geführt.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Verhalten des Ordnungsdienstes am Tag des offenen Denkmals" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1284/2018**

Stellungnahme der Verwaltung vom 17.09.2018 3063/2018

MdR Richter bezieht sich auf eine Veranstaltung auf dem Alter Markt, die am 9. September 2018 stattgefunden hat. Dort seien möglicherweise die Grundrechte eines Bürgers eingeschränkt worden. Er möchte im Vorfeld seiner Ausführungen betonen, dass Vergleiche zu anderen Städten an dieser Stelle nicht zielführend seien.

In einer Stellungnahme der Verwaltung werde geschildert, dass ein wütender Bürger und ein ebenfalls wütender Bezirksbürgermeister nur durch den Ordnungsdienst beruhigt werden konnten. Ihm seien jedoch verschiedene Augenzeugenberichte bekannt, die diese Schilderung widerlegen.

Bezogen auf den Ablauf führt er aus, dass er den Bürger nicht als „Störer“ bezeichnen würde. Vielmehr handle es sich um einen 75-jährigen Bürger Kölns, der ein Schild zur Rettung des Koep-Mosaiks bei sich getragen und gleichzeitig Unterschriften gesammelt habe. Es verwundere in diesem Zusammenhang, warum dahinter ein gewerblicher Ansatz vermutet werde. Des Weiteren hätten die ihm bekannten Augenzeugen keine Schreie oder eine sonstige Unflätigkeit vernommen. Der betroffene Bürger sei vielmehr irritiert gewesen, weil er seine Personalien habe zeigen müssen. Er sei davon ausgegangen, dass sein Plakat rechtmäßig, ein Infostand hingegen unzulässig sei.

Die Deeskalationsversuche des Bezirksbürgermeisters Innenstadt, die beruhigend wirken sollten, seien nicht in dieser Intention wahrgenommen worden. Die Ordnungsdienstmitarbeitenden sollen nach seinen Erkenntnissen aggressiv gehandelt haben, indem sie sofort ein Platzverbot erteilt hätten. Ebenfalls decke sich die Tatsache, dass die Mitarbeitenden des Ordnungsdienstes sich vorgestellt hätten, nicht mit den ihm bekannten Augenzeugenberichten. Diese hätten sofort mit den Worten „Sie haben hier Platzverbot! Sie dürfen hier nicht stehen!“ einen Platzverweis erteilt.

Er führt weiter aus, dass es im Hinblick auf mögliche Klagen Aufgabe der Gerichte sei zu entscheiden, wer in dieser Angelegenheit Recht habe und wer nicht. Seine Fraktion vertrete jedoch insgesamt die Auffassung, dass die Angelegenheit mit mehr Fingerspitzengefühl hätte geklärt werden können. Es handle sich schließlich um Bürger Kölns, die sich bürgerlich engagieren und sich für den Erhalt eines Mosaiks in der Südstadt einsetzen. Ein direkter Einsatz der Ordnungsdienstmitarbeitenden in dieser Situation sei daher fraglich.

Er teilt zuletzt mit, dass er noch zwei Nachfragen habe:

Ihn interessiere erstens, ob es nach dem Vorfall Kontakt zwischen dem Ordnungsamt und der in der Antwort benannten Zeugenperson gegeben hat und ob Nachgespräche geführt wurden.

Zudem nimmt er zweitens Bezug auf die in der Antwort der Verwaltung angesprochenen Schulungsmaßnahmen und Vorschriften für Ordnungsdienstmitarbeitende. Er würde gerne erfahren, wie die Kölner Schulungsmaßnahmen zu Fingerspitzengefühl, Angemessenheit und Deeskalation insbesondere im Umgang mit 75-jährigen Rentnern aussehen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bezieht sich nachfolgend auf die Nachfragen von MdR Richter.

Bezogen auf dessen zweite Nachfrage erinnert er an die Vorlage „Zielbild Ordnungsdienst 2020“ [Session-Nr.: 2763/2017]. In diesem Zusammenhang werden sämtliche Schulungsthemen auf eine neue Basis gestellt und umfassend nachjustiert, um die Ausbildung der Ordnungskräfte zu verbessern. Insofern benötige es etwas Zeit, bis die Auswirkungen dieser Änderungen deutlich werden. Zudem müsse man davon ausgehen, dass die Aufgaben des Ordnungsdienstes vielfältiger und die Situationen,

mit denen die Mitabreitenden konfrontiert werden, schwieriger werden, sodass durch entsprechende Schulungs- und Ausbildungskonzepte reagiert werde. Diese beinhalten auch generelle Fragestellungen der Deeskalation und der Entschärfung von kritischen Situationen. Die Thematik werde auch bereits aktuell gelehrt, solle aber zukünftig intensiver behandelt werden. Allerdings sehe er insgesamt keinen direkten Zusammenhang mit dem aktuellen Vorfall auf dem Alter Markt.

Bezogen auf die erste Nachfrage von MdR Richter führt Herr Stadtdirektor Dr. Keller aus, dass es Kontakt mit dem angeführten Zeugen gegeben habe, um die Sachverhaltsdarstellung bestätigen zu lassen. Nach seinem derzeitigen Wissensstand sei die Bestätigung auch erfolgt.

Er bezweifle, ob die geführte Diskussion hier zielführend sei, denn jeder der von MdR Richter vorgetragene Punkte könne mit einer Gegendarstellung gespiegelt werden. Da sowohl MdR Richter als auch er der Veranstaltung nicht persönlich beigewohnt haben, könne man sich nur auf die Erkenntnisse der Berichte und Zeugen stützen. Die Verwaltung habe den Sachverhalt so geschildert, wie er sich nach ihrer Auffassung zugetragen habe. Aus ihrer Sicht existiere kein Grund, die Aussagen der Ordnungsdienstmitarbeitenden anzuzweifeln, sodass kein Fehlverhalten zu erkennen sei.

Er weist nochmal darauf hin, dass in dem vorliegenden Sachverhalt kein Platzverweis wegen des Hochhaltens eines Schildes erteilt worden sei, sondern weil störendes Verhalten festgestellt wurde. Dies rechtfertige einen Platzverweis.

Jeder könne sich nach Lektüre der Sachverhaltsdarstellung sein eigenes Bild davon machen, wer eskalierend oder deeskalierend agiert hat.

MdR Prof. Dr. Killersreiter ergreift das Wort und führt aus, dass sie die Stellungnahme der Verwaltung nicht überrascht habe. Diese sei ein klassisches Beispiel dafür, wenn sich Bürgerinnen und Bürger von der Polizei oder der Stadtverwaltung ungerecht behandelt fühlen. Solche Auseinandersetzungen seien zumeist sehr unschön, da sie des Öfteren vor Gericht landen. In diesem Zusammenhang liege dann vielmals Aussage gegen Aussage vor und letztendlich sei es davon abhängig, wer wie viele Zeugen anbringe.

Sie führt weiter aus, dass zu einer Kommunikation aus Betrachtung der Meta-Ebene immer mindestens zwei Personen benötigt werden. Sie könne verstehen, dass die beiden Bürger echauffiert waren, da sie unfreundlich nach ihrem Ausweis gefragt worden sind. Jeder würde so reagieren.

Aber sie erwarte von Mitarbeitenden des Ordnungsamtes, dass sie professionell und deeskalierend reagieren. Das habe in diesem Fall nicht funktioniert, die Situation habe sich hochgeschaukelt.

Ergänzend fügt sie hinzu, dass sie die Stellungnahme der Stadtverwaltung nicht gutheiße. Die Situation werde so dargestellt, als ob es keinerlei Probleme gegeben habe.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bezieht sich auf die Ausführungen von MdR Prof. Dr. Killersreiter und teilt mit, dass er ebenfalls nicht erfreut wäre, wenn er unfreundlich nach dem Ausweis gebeten werde. Allerdings bestreite er, dass es so abgelaufen sei. Eine Aufklärung in der heutigen AVR-Sitzung sei jedoch nicht möglich.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

6.6 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Abschiebungen und Duldungen" zur Sitzung am 17.09.2018 AN/1280/2018

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, dass die Beantwortung bis zur nächsten AVR-Sitzung am 12.11.2018 vorliegt.

**6.7 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Reichsbürger in Köln" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1294/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 14.09.2018
3028/2018**

MdR Hegenbarth ergreift das Wort und bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung. Er möchte sich zu diesem TOP jedoch kurz äußern und sich insbesondere zu den Schnittstellen zwischen Ordnungsamt und Polizei erkundigen. Dies geschehe unter anderem vor dem Hintergrund, dass kleinere Fraktionen bzw. Gruppen nicht im Polizeibeirat vertreten seien, aber dennoch Fragen zu polizei- und ordnungsrechtlichen Themen stellen möchten. Er regt daher an, dass die Polizei regelmäßig zu Fragestunden in den AVR eingeladen wird.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller antwortet, dass das Anliegen aus dem Ausschuss, der Polizei eine Möglichkeit zur Teilnahme an Ausschusssitzungen einzuräumen, umgesetzt werde. Dies sei aus zeitlichen Gründen nicht mehr für die heutige Sitzung möglich gewesen. Man habe jedoch die Zusage der Polizei, dass in einer der nächsten Sitzungen über die polizeiliche Personalstatistik hier im Ausschuss berichtet werde. In diesem Zusammenhang könne man eventuell auch einmal über eine Fragestunde zum Thema Reichsbürger nachdenken.

Bezüglich der durch MdR Hegenbarth angesprochenen Schnittstelle zwischen Polizei und Ordnungsamt äußert Herr Stadtdirektor Dr. Keller, dass er nicht genau nachvollziehen könne, was MdR Hegenbarth meine. Man habe entsprechende konkrete Vorgaben aus dem Innenministerium über den Umgang mit Reichsbürgern und melde etwaige Vorkommnisse mit Reichsbürgern an den polizeilichen Staatsschutz.

MdR Hegenbarth konkretisiert, dass er die Abgrenzung zwischen kommunalem Aufgabenbereich und polizeilichen Aufgaben meine.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller entgegnet, dass im AVR keine Fragen beantwortet werden können, die ausschließlich der polizeilichen Zuständigkeit obliegen. Es gebe sicherlich Schnittstellen zwischen polizeilicher und kommunalordnungsrechtlicher Zusammenarbeit und bezüglich dieser bemühe man sich stets um eine umfassende Information der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.8 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Fachkräftemangel in der Verwaltung" zur Sitzung am 17.09.2018
AN/1300/2018**

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Beantwortung bis zur nächsten AVR-Sitzung am 12.11.2018 bzw. bis zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 vorliegt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Stellenplan 2019

MdR Dr. Krupp bezieht sich auf die Vorlage zum Stellenplan für das Jahr 2019 [Session-Nr.: 2659/2018].

In der Pressemitteilung im März 2018 sowie in der Haushaltsrede von Frau Oberbürgermeisterin Reker wurde angekündigt, eine Startup Unit einzurichten und hierfür auch entsprechende Stellen bereitzustellen. Diese könne er nun allerdings nicht im Stellenplan finden. Er bittet um Aufklärung, möglichst bis zur Sitzung des Unterausschusses Stellenplan am 20.09.2018.

Gleiches gelte auch für die acht zusätzlichen Stellen (fünf Sachbearbeiter/innen und drei Ermittler/innen) zur Verfolgung von Verstößen gegen die Wohnraumschutzsatzung, die in der Pressemitteilung am 06.09.2018 angekündigt worden sind. Auch diese Stellen habe er im Stellenplan nicht finden können.

7.2 Weisungsbefugnis

Herr Hopfau möchte wissen, ob ein Bezirksbürgermeister im Bereich seines Stadtbezirks irgendeine Weisungsbefugnis gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsamtes hat.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller verneint dies.

8 Anträge

8.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender - Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld AN/0983/2018

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
AN/1315/2018**

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt

4.1 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern 1724/2018

zu behandeln.

MdR Dr. Krupp ergreift das Wort. Den antragsstellenden Fraktionen sei wichtig, dass alle Gremien gleich betrachtet und im Sinne des Fairness-Gebotes auch gleich behandelt werden und in den Genuss von Aufwandsentschädigungen kommen. Aus diesem Grund habe man sich den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einmal angeschaut und festgestellt, dass es hier unter anderem um die Aufstellung aller existierenden Gremien und Ausarbeitung von Kriterien zur Entscheidung über die Gewährung von Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigungen gehe. In diesem Zusammenhang sei ein möglichst breiter politischer Konsens wichtig, weshalb man sich bereit erkläre, dem oben genannten Änderungsantrag beizutreten, insofern dort festgelegt wird, dass

1.) die Prüfung bzw. die Aufarbeitung der Verwaltung bis Jahresende abgeschlossen ist und vorliegt

und

2.) sichergestellt ist, dass im Jahr 2019 bereits entsprechende Hausmittel vorhanden sind, um den Beschluss auch direkt umsetzen zu können.

MdR Richter ergreift das Wort und verdeutlicht, dass auch seine Fraktion einen breiten demokratischen Konsens in dieser Angelegenheit für wichtig erachte. Aus diesem Grund habe man auch vor dem Hintergrund des Fairness-Gebotes einen allgemeineren Antrag gestellt. Die von MdR Dr. Krupp vorgeschlagenen Aspekte könnten gerne mitaufgenommen werden. Die Aufbereitung der Verwaltung sollte demnach dann zur AVR-Sitzung am 10.12.2018 vorliegen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller ergreift das Wort und sagt die Aufarbeitung der Verwaltung bis Jahresende zu. Ob Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, sei letztendlich eine Frage, die der Rat beantworten müsse. Die Größenordnung werde in der vorliegenden Mitteilung TOP 4.1 dargelegt.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit den beiden Ergänzungen der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu entwickeln, wie zukünftig Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder von Gremienmitgliedern (analog Vorlage 1724/2018) in der Stadt Köln gestaltet werden können. Dabei sollen verschiedene Modelle dargestellt werden, die nachvollziehbar auch eine unterschiedliche Gestaltung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern für diese Gremien ermöglicht. Der zusätzliche Aufwand für den Stadthaushalt pro Haushaltsjahr für die neuen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder ist darzustellen.

Die Prüfung bzw. die Aufarbeitung der Verwaltung ist bis Jahresende abgeschlossen und liegt vor.

Es wird sichergestellt, dass im Jahr 2019 bereits entsprechende Hausmittel vorhanden sind, um den Beschluss auch direkt umsetzen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Bewachungsleistungen am Rheinboulevard durch die KGAB beauftragen"
AN/1324/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert MdR Dr. Krupp den Hintergrund des vorliegenden Antrages und trägt die Begründung der Dringlichkeit mündlich vor.

MdR Dr. Elster spricht sich gegen die Dringlichkeit aus.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

9 Platzvergaben

9.1 Roncalliplatz:

hier: Antrag der E. L. Hartz Promotion GmbH, Heisterbachstr. 25, 53173 Bonn auf Durchführung der Konzertreihe "Legenden - Weltstars auf dem Roncalliplatz 2019" vom 31.07.2019 - 03.08.2019 (inkl. Auf- und Abbauarbeiten vom 26.07.2019 - 06.08.2019) auf dem Roncalliplatz 2680/2018

Herr Schmaul weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Innenstadt heute ebenfalls über die Vorlage berät. Daher empfiehlt die Verwaltung dem AVR, die Vorlage vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die Vorlage mit dem o. g. Zusatz der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergaben / Internationales beauftragt die Verwaltung - **vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt** - der E. L. Hartz Promotion GmbH, Heisterbachstr. 25, 53173 Bonn im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 1. HJ 2019 den Roncalliplatz vom 31.07.2019 – 03.08.2019 (zzgl. der notwendigen Auf- und Abbauarbeiten vom 26.07.2019 – 06.08.2019) zur Durchführung der Konzertreihe „Legenden – Weltstars auf dem Roncalliplatz 2019“ zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014 - 2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019 0889/2018

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Richter vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei, dass der Wirtschaftsausschuss die Vorlage in seiner Sitzung am 06.09.2018 ebenfalls zurückgestellt hat.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.3 Veranstaltung "STRASSENLAND" am 23.06.2019 auf der Nord-Süd-Fahrt 2767/2018

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Sie halte es allerdings für sinnvoll, dass mittelfristig ein Konzept für die Vergabe von Veranstaltungen erarbeitet wird, insbesondere für die belasteten Stadtteile im Innenbereich von Köln. Da sich die Anfragen häufen, sollte hinter die Vergabe eine gewisse Systematik gelegt werden, entsprechende Kriterien sollten formuliert werden. Ein Konzept zur Platzvergabe gebe es bereits.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass die Idee von MdR Dr. Krupp grundsätzlich zu begrüßen sei, man im Einzelnen allerdings differenzieren müsse. Sollten solche Konzepte nämlich stadtweit scharf gestellt werden, müsse sich jeder noch so kleine Verein mit dem AVR ins Benehmen setzen.

Er bedankt sich bei der Verwaltung, dass diese die vorliegende Vorlage zur Veranstaltung „STRASSENLAND“ in den Ausschuss eingebracht hat. Schließlich sei es eigentlich ein Geschäft der laufenden Verwaltung, über das die Verwaltung alleine hätte befinden können, da es aktuell kein Konzept für die Vergabe dieser Art von Veranstaltungen gibt.

Er merkt an, dass die Veranstaltung bereits für Diskussionen innerhalb der Stadtgesellschaft gesorgt hat. Aus seiner Sicht liege in solch einer Veranstaltung eine große Chance, weil dort etwas thematisiert wird, was die Gesellschaft in den nächsten Jahren erheblich beschäftigen wird. Daher werde die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen. Intern habe man allerdings festgelegt, sich die Veranstaltung zunächst anzuschauen und das Ergebnis abzuwarten. Ob die Veranstaltung dann auch künftig weiterhin stattfindet, hänge letztlich auch davon ab, wie die Veranstaltung schlussendlich wird und wie die Kölner Bevölkerung das Thema aufnimmt.

MdR Prof. Dr. Killersreiter teilt mit, dass sich ihre Fraktion mit der vorliegenden Vorlage intensiv auseinandergesetzt und sich mit der Entscheidung schwer getan habe. Einerseits sei die Sperrung der Nord-Süd-Fahrt sehr charmant, andererseits habe man sich auch die Frage nach dem Kommerz gestellt. Letztendlich habe man sich dazu entschieden, der Vorlage zuzustimmen und anschließend zu evaluieren, was aus der Veranstaltung geworden ist und wie viel Zuspruch sie gefunden hat.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales befürwortet grundsätzlich die Durchführung der Veranstaltung „STRASSENLAND“ am 23.06.2019 auf der Nord-Süd-Fahrt.
2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Genehmigungsfähigkeit der vorgenannten Veranstaltung unter Berücksichtigung der ordnungs- und verkehrsrechtlichen sowie der polizeilichen und feuerwehr-polizeilichen Anforderungen.
3. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob eine Kombination der Veranstaltung „STRASSNLAND“ mit einem autofreien Tag in der Kölner Innenstadt und einem fahrscheinlosen Tag bei der KVB AG möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Gegenstimme der Fraktion DieLinke zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln 0510/2018

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2019, das ganzheitliche Kölner Umweltbildungskonzept, in der als Anlage 1 bis 4 dargestellten Fassung.

Der Gesamtaufwand im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge beträgt 374.300 Euro p.a. und wird ab dem Haushaltsjahr 2019 im Haushaltsplan (in den Teilplanzeilen: 11, Personalaufwendungen, 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, 15, Transferaufwendungen und 16, sonstige ordentliche Aufwendungen) und der mittelfristigen Finanzplanung dauerhaft bereitgestellt. Die Mittel für die Maßnahme wurden im Haushaltsplanentwurf 2019 für die Jahre 2019 bis 2022 entsprechend veranschlagt.

Das Stellenbesetzungsverfahren für die einzurichtende Stelle EG13 ist mit dem Zeitpunkt dieses Beschlusses einzuleiten, damit zum 01.01.2019 mit der Realisierung begonnen werden kann. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2019 wird verwaltungsintern eine Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
2337/2018**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den Förderantrag zur Fortsetzung des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für weitere 24 Monate als Höchstdauer der Förderung bis längstens 31.12.2021 zu stellen.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat die Verlängerung von drei befristeten Planstellen in der Bewertung EG 13 TVöD bis zum 31.12.2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule
2627/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Richter vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Hintergrund sei die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 24.09.2018.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ihn im Nachgang der Berichterstattung sehr erstaunt habe, dass die Stellungnahme des Landschaftsverbandes Rheinland ursprünglich nicht der Verwaltungsvorlage beigefügt wurde. Er möchte daher wissen, ob es üblich ist, dass die Verwaltung wichtige Sachverhalte nicht von sich aus vorlegt oder ob es hier entsprechende verwaltungsinterne Regelungen gibt. Die Beantwortung der Frage

könne gerne in die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung gebracht werden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt zu, die Nachfrage an das zuständige Dezernat weiterzugeben. Grundsätzlich dürfe die Politik von der Verwaltung erwarten, umfassend über den zugrundeliegenden Sachverhalt informiert zu werden.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Ablösung des AVA-Programmsystems Arriba
2062/2018**

Beschluss:

Der Bedarf an einem Ersatz des aktuell genutzten AVA-Programmsystems Arriba und einer Datenmigration beim Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung und beim Amt für Verkehrsmanagement wird anerkannt.

Auf eine Wiedervorlage bei Vergabe wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Bedarfsfeststellung für den Abruf von externen Dienstleistungen für die
Umsetzung von Digitalisierungsprojekten / Verwaltungsreformprojekten
2492/2018**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem dargestellten Bedarf an externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten / Verwaltungsreformprojekten in den Jahren 2019 bis 2021 in Höhe von **5.751.650,- Euro netto/ rd. 6.844.464,- Euro brutto** zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die
Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket III - Stärkung und
Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken
0021/2018**

MdR Dr. Krupp bezieht sich auf die der Vorlage beigefügte Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes. Laut der Stellungnahme sei der Bedarf von drei Zugfahrzeugen nicht erkennbar. Ferner wird darum gebeten, vor der Beschaffung eine qualifizierte Kalkulation inklusive der Folgekosten vorzunehmen; entsprechend ändere sich dann

die Kostenschätzung. Er bittet die Verwaltung hierzu um kurze Rückmeldung bzw. Auskunft.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass man diesbezüglich noch mit dem Rechnungsprüfungsamt im Austausch stehe. Daher werde unter Punkt 1 der Vorlage auch aufgeführt, dass die Bedarfsanerkennung hinsichtlich der Zugfahrzeuge vorbehaltlich der erneuten Bedarfsanerkennung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgen soll. Sollte man hier nicht zu einer einvernehmlichen Sichtweise gelangen, wovon er aktuell nicht ausgehe, komme man mit dieser Angelegenheit noch einmal in den Ausschuss zurück.

MdR Breite führt aus, dass seine Fraktion grundsätzlich den Ansatz, gegen Raser vorzugehen, begrüße. Man habe jedoch die Befürchtung, dass die geschätzten sieben Millionen Euro nicht ausschließlich durch Raser mit hohen Geschwindigkeitsverstößen eingenommen werden würden. Es würden auch Personen zur Kasse gebeten werden, die nicht unter die Definition eines Rasers fallen und beispielsweise bei Tempo 30 mit Tempo 40 gefahren seien oder mit 60 km/h die Rheinuferstraße befahren hätten. Ob diese Personen dann schon als Raser zu bezeichnen sind, sei eine individuelle Bewertungsentscheidung. Dennoch würden diese Fälle vermutlich einen Großteil der geschätzten Einnahmen in Höhe von ca. sieben Millionen Euro ausmachen.

Ob man nun drei oder sieben Zugmaschinen habe, ändere nichts an den erwarteten Einnahmen, da diese durch die oben genannten Geschwindigkeitsverstöße eingenommen werden würden. Geringe Geschwindigkeitsverstöße könnten auch mit kleineren Wagen mit wenig PS begangen werden und so zu den städtischen Einnahmen in Höhe von sieben Millionen Euro beitragen.

Er betont nochmals, dass auch seine Fraktion grundsätzlich das Vorgehen gegen die eigentlichen Raser für notwendig erachte, insbesondere auch aufgrund der Vorfälle der Vergangenheit mit Todesfolgen.

Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung über die vorliegende Vorlage daher enthalten.

MdR Dr. Elster führt aus, dass die sogenannte Raser-Szene in Köln bekämpft werden müsse. Er erinnere daran, dass in den letzten Jahren mehrere Menschen ums Leben gekommen seien aufgrund dieser Raser-Szene. Beispielhaft macht er auf die Ereignisse am Auenweg oder auf der Aachener Str. aufmerksam. Es sei in der Tat so, dass die sogenannte Raser-Szene in den letzten Jahren einen Zuwachs erfahren habe und es auch immer wieder Todesfälle zur Konsequenz gegeben habe.

Natürlich sei es notwendig, dass die Polizei und ggf. die Stadt Köln Maßnahmen gegen die Raser-Szene ergreifen. Dieses Geld, das hier investiert werde, sei jedoch leider nicht das Geld, das dazu beitragen werde, insbesondere die Bekämpfung der Raser-Szene voranzutreiben. Hierzu seien vollkommen andere Maßnahmen technischer und polizeilicher Aktivität notwendig.

Dennoch passe die Überschrift der Vorlage zur Intention dieser. Eine Totalüberwachung in der Stadt sei selbstverständlich nicht möglich. Man könne an verschiedenen Stellen künftig immer wieder mobile Geräte aufstellen, dennoch werde es weiterhin Straßenzüge geben, die man nicht ausleuchte. Innerhalb der Bevölkerung beginne derweilen auch der Prozess der Nichtakzeptanz der sogenannten Raser-Szene. Es gebe beispielsweise auch noch das Thema Videoüberwachung, sodass man insgesamt bezogen auf die mobile Überwachung einen Bezug zum Gesamtkontext herstellen müsse. Man solle auch den Inhalt der Vorlage im Gesamtkontext sehen, weshalb die Überschrift der Vorlage nicht anderweitig zu formulieren sei.

MdR Schwanitz ergreift das Wort und äußert, dass er mit seinen Vorrednern darin übereinstimme, dass das hauptsächliche Vorgehen gegen die Raser-Szene durch die

Polizei im Rahmen des Strafrechtes stattfinden müsse. Dennoch müsse man auch zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt im Rahmen des Ordnungsrechtes alle Kompetenz ausschöpfen müsse, um ebenfalls einen Beitrag zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung leisten zu können. Aus diesem Grund seien die in der Vorlage genannten Beschaffungen durchaus sehr zu begrüßen.

Zudem möchte er in Anlehnung an die Ausführungen von MdR Breite darauf hinweisen, dass bereits Tempo 40 bei erlaubten 30 km/h eine Geschwindigkeitsüberschreitung von einem Drittel sei. Jeder Autofahrende habe gelernt, die entsprechende Verlängerung des Bremswegs zu berechnen, beispielsweise Bereiche mit Wohngebieten mit spielenden Kindern etc. müssen besonders beachtet werden. Vor diesen Hintergründen sei es wichtig, auch gleichmäßige Geschwindigkeitskontrollen einzufordern.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass bereits vor seinem Dienstbeginn bei der Stadt Köln Maßnahmen gegen die sogenannte Raser-Szene in Form eines gestuften Konzeptes durch entsprechende Ratsbeschlüsse im Jahr 2015 initiiert worden seien. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass diese Maßnahmen den Ratsgremien in verschiedenen Paketen vorgelegt werden würden, wobei die ersten Pakete stärker auf die Bekämpfung der sogenannten Raser-Szene ausgelegt gewesen seien.

Er weist den Ausschuss auf den Untertitel des Betreffs hin: Stärkung und Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken

Auch von fachlicher Seite mache es einen deutlichen Unterschied, ob man in einer Tempo-30-Zone mit Tempo 30 oder Tempo 40 fahre. Genau dies werde durch die Vorlage erfasst, indem man sich um Unfallhäufungspunkte kümmere, um schutzwürdigere Bereiche wie Schulen, Kindergärten, Schulwege, Krankenhäuser, Altenheime oder andere Gefahrenstellen durch Geschwindigkeitsüberwachung zu schützen. Zudem könne man im Hinblick auf einen Verstoß des Tempo 40 in der Tempo-30-Zone schon Einigkeit darüber erzielen, dass es sich um einen zu ahndenden Verstoß handle. Die Erkenntnisse aus der Verkehrssicherheitsforschung seien an der Stelle insofern eindeutig, dass sowohl die Unfallhäufigkeit als auch die Unfallschwere deutlich abnehme, wenn man das Tempo reduziere. Genau aus diesem Grunde existieren Tempo-30-Zonen, deren Einhaltung beachtet werden müsse.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und äußert, dass die bisherige Überwachung stark auf die Hauptverkehrsachsen wie Autobahnen oder Ausfallstraßen konzentriert gewesen sei. Jedoch bestehe wohl im Ausschuss allseits Konsens darüber, dass gerade in den besonders schutzwürdigen Bereichen zu wenig unternommen werde. Deshalb sei es wichtig, vor allem Unfallschwerpunkte und besonders gefährdete Bereiche wie Tempo-30-Zonen entsprechend zu überwachen. Auch seitens der FDP-Fraktion bestehe hierüber sicherlich Einvernehmen.

MdR Breite stimmt dieser Äußerung des Vorsitzenden zu. Dennoch müsse die Liste der Gefahrenzonen aus seiner Sicht nochmals geprüft werden, insofern man beispielsweise die Tempo-30-Zonen am Bonner Wall oder vor dem Rheinufertunnel aufzähle. Hier komme es schnell zu einem Geschwindigkeitsverstoß, wobei die Schutzwürdigkeit dieser Bereiche fraglich sei. Die Einführung von Tempo-30-Zonen in besonders schutzwürdigen Bereichen halte er stattdessen für wichtig und richtig.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller ergreift nochmals das Wort und möchte in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf die Ziffer VI der Vorlage richten. Man wolle gerade eine Stärkung der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken erreichen, weshalb man über den Einsatz der semi-stationären Anlagen auch die Bezirksvertretungen entscheiden lassen wolle. Diese verfügen seiner Ansicht nach über die ausgeprägten Kenntnisse über Gefahrenstellen und deren Notwendigkeiten sowie die Häufigkeit von

Verstößen. Insgesamt handle es sich bei dieser Vorlage um eine sinnvolle Maßnahme.

Nach der inhaltlichen Diskussion über die Vorlage bittet der Vorsitzende die Verwaltung, im nächsten Jahr einen Erfahrungsbericht über die Einsatzorte usw. vorzulegen.

Anschließend stimmt der Ausschuss über die Vorlage ab:

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt:

1. Der Bedarf in Höhe von 2.969.050,- Euro (brutto) für die Umsetzung des Maßnahmenpaketes III zur Stärkung und zum Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken Kölns wird anerkannt.
Hinsichtlich der Zugfahrzeuge erfolgt die Bedarfsanerkennung vorbehaltlich der erneuten Bedarfsanerkennung durch das Rechnungsprüfungsamt.
2. Zur Finanzierung der Investitionskosten beschließt der Rat die außerplanmäßige Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.957.250,- Euro gemäß § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, bei der Finanzstelle 3200-0205-0-0200, Semistationäre Anlagen. Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6601-1201-0-6610 Straßenbauliche Maßnahmen Schul-/Kitabauten in Höhe von 657.250,- Euro, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1049 Rheinboulevard Sanierung. DzBr-Malakoff in Höhe von 500.000,- Euro, bei Finanzstelle 6601-1201-3-8103 Gewerbegebiet Marsdorf, Gewerbep. Horbell in Höhe von 400.000,- Euro sowie bei Finanzstelle 6601-1201-0-1002 Platzgestaltung in Höhe von 400.000,- Euro, da sich die Umsetzung der Maßnahmen zeitlich verzögert. Entsprechende Kassenmittel sind im Rahmen der Hpl.-Aufstellung für die Jahre 2019ff. zu berücksichtigen.
Die übrigen 750.000 Euro stehen im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung bei der Finanzstelle 3200-0205-0-0200, Semistationäre Anlagen, im Hj. 2018 als Kassenmittel zur Verfügung.
3. Darüber hinaus beschließt der Rat die Freigabe der Kassenmittel in Höhe von 750.000 Euro bei der Finanzstelle 3200-0205-0-0200, Semistationäre Anlagen im Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.7 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2019
2650/2018**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Europawahl 2019 i.H.v. 2.420.750 EUR an.

2. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2019 im Teilplan 0211 – Wahlen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen, 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

11.1 Vergabe zentraler Innenstadtplätze - Neumarkt

hier:

Antrag der Stabsstelle Events der Stadt Köln auf Durchführung der Theaterveranstaltung "Ginko" des Theaters Antagon auf dem Neumarkt am 16.08.2018 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 14.08. - 17.08.2018) als Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen Sommer Köln 1685/2018

Beschluss:

Der AVR genehmigt die am 27.06.2018 getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beauftragt die Verwaltung, der Stabsstelle Events der Stadt Köln für die Durchführung der Theateraufführung „Ginko“ des Theaters Antagon den Neumarkt am 16.08.2018 (incl. Auf- und Abbauarbeiten vom 14.08. – 17.08.2018) als Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen Sommer Köln zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

gez. Bernd Petelkau
Vorsitzender

gez. Midia Mahmod
Schriftführerin